

Antwort der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt auf die Wahlprüfsteine des Landesheimatbundes

1. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, dieses bürgerschaftliche Engagement auch in Zukunft weiterhin zu fördern?

Bürgerschaftliches Engagement ist eine wesentliche Form gesellschaftlicher Beteiligung. Es stärkt den Zusammenhalt der Menschen im Land und die Demokratie. Es ist der „Kitt“, der die Gesellschaft zusammenhält. An vielen Stellen leisten Ehrenamtliche wichtige Beiträge zur öffentlichen Daseinsvorsorge in staatlicher Verantwortung. DIE LINKE setzt sich sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene dafür ein, die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement durchgreifend zu verbessern und auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen. Im Landtag haben wir deshalb einen eigenen Entwurf für ein Gesetz zur Stärkung des Ehrenamtes eingebracht.

2. Mit welchen Maßnahmen möchte Ihre Partei gerade die kleinen Regional- und Heimatmuseen unterstützen?

Insbesondere die kleinen Regional- und Heimatmuseen haben einen besonderen Bezug zur Region und zur Landschaft. Ihre Stärken bestehen aus der Nähe und dem besonderen gemeinschaftlichen Handlungsraum. Mit dem im Juli 2020 in den Landtag eingebrachten Gesetzentwurf zur Stärkung des Ehrenamtes wollen wir u.a. auch kleine Regional- und Heimatmuseen unterstützen, die vor allem von ehrenamtlicher Arbeit getragen werden. Sie müssen in ihrer Substanz erhalten und so unterstützt werden, dass sie ihre besonderen Stärken weiterentwickeln können. DIE LINKE spricht sich für eine unbürokratische Mikroprojektförderung für kleine Vereine aus und wird sich in der 8. Legislatur für eine entsprechende Verankerung im Landeshaushalt einsetzen.

3. Wie wird Ihre Partei die generations- und sozial übergreifende Teilhabe aller Bürger an diesen Prozessen unterstützen?

Mit dem von uns in den Landtag eingebrachten Gesetzentwurf zur Stärkung des Ehrenamtes soll u.a. ein Ehrenamtsfonds eingerichtet werden, der lokale und regionale Vereine und Verbände finanziell unterstützt und stabilisiert. Darüber hinaus wollen wir mit dem Gesetz das bürgerschaftliche Engagement mittels Ehrenamtskarte, Unfallschutz sowie kostenfreien Angeboten zur Aus- und Fortbildung stärken und ein Kommunalbudget zur Förderung der Kommunen zum Auf- und Ausbau von Strukturen des bürgerschaftlichen Engagements einführen. In diesem umfassenden Rahmen werden sich für die Vereine selbst und für die Kommunen vielfältige Möglichkeiten ergeben, bürgerschaftliche Engagement mit attraktiven Angeboten in allen sozialen Milieus und in allen Generationen zu entwickeln.

4. Welche Fördermittelprogramme wollen Sie für die Unterstützung der Arbeit der vielen regionalen Vereine einsetzen? Welche Perspektive sehen Sie für unbürokratische handhabbare Programme, wie den Mikrokulturfonds des Landes?

DIE LINKE will eine nachhaltigere, unbürokratischere, autonomere und weniger an Projekten orientierte Kulturförderung in Sachsen-Anhalt etablieren. Wir wollen im Sinne der Entbürokratisierung von Verwaltungsprozessen u.a. auch eine Ausdifferenzierung der Förderinstrumente

vornehmen. Insbesondere die Etablierung von Mikrokulturfonds und in diesem Zusammenhang die Beauftragung der Landesdachverbände zur Vergabe dieser Mittel (beliebte Unternehmen) ist für uns ein wichtiger Schritt, um insbesondere die kleineren regionalen Vereine unkompliziert unterstützen zu können.

- 5. Wie wird Ihre Partei zukünftig Kulturträger des Immateriellen Kulturerbes (sowohl Antragssteller als auch bereits ins Verzeichnis eingetragene) in Sachse-Anhalt unterstützen?**
- 6. Wie kann für unser Immaterielles Kulturerbe öffentlichkeitswirksam geworben werden?**
- 7. Welche Anreize für zukünftige Antragssteller können in Sachsen-Anhalt geschaffen werden?**

Den Aufbau eines Landesverzeichnis des Immateriellen Kulturerbes in Sachsen-Anhalt wie in Bayern oder Nordrhein-Westfalen halten wir für einen guten ersten Schritt, um die Vielfalt der gelebten kulturellen Ausdrucksformen in Sachsen-Anhalt zu erfassen, sichtbar zu machen und so zu erhalten. Über einen Aufbau eines derartigen Verzeichnisses und weitere Möglichkeiten einer öffentlichkeitswirksamen Darstellung sowie über Anreize für künftige Antragsteller*innen werden wir in der 8. Legislatur u.a. mit dem Landesheimatbund das Gespräch suchen.

- 8. Welche Fördermöglichkeiten wird Ihre Partei initiieren, um die langfristige und nachhaltige Betreuung der in diesem Bereich ehrenamtlich Tätigen zu gewährleisten?**

Siehe Antwort auf Frage 3.

- 9. Wie werden mit Ihrem Wirken auch die Mittel der Europäischen Strukturfonds in der neuen Förderperiode, insbesondere für Maßnahmen im Bereich LEADER/CLLD, für die Traditions- und Heimatpflege eingesetzt?**

Die Möglichkeiten für einen Einsatz der Mittel der Europäischen Strukturfonds der neuen Förderperiode für Maßnahmen der Traditions- und Heimatpflege werden wir prüfen, sobald uns die Programme bekannt sind.

- 10. Welche Anforderungen stellen Sie an die Pflege der vielfältigen Industriekultur unseres Landes und welche Fördermöglichkeiten werden hier gesehen?**

Sachsen-Anhalt verfügt über eine große Anzahl industriekultureller Gebäude und Artefakte. Neben der musealen Bearbeitung stellt sich somit auch die Frage einer Umnutzung von z.B. Gebäuden als wichtiger Bestandteil des Bestandschutzes, der die Einbeziehung unterschiedlicher Politikfelder bedarf. DIE LINKE hält eine übergeordnete und perspektivisch wirksame „Interessenvertretung Industriekultur“ für notwendig, um die industrielle Kulturlandschaft zu bewahren und sie im Sinne einer umfassenden Pflege zu erforschen und für die Öffentlichkeit zu vermitteln.

Nachdem der Landtag die Landesregierung zunächst aufgefordert hatte, ein Konzept zur Weiterentwicklung der Industriekultur zu erarbeiten, muss dieses Konzept weiter qualifiziert werden. Neben der Bereitstellung von Ressourcen wäre aus unserer Sicht ein Themenjahr Indust-

riekultur, entsprechend dem Themenjahr 2020 in Sachsen ein geeignetes Mittel, um die sachsen-anhaltische Industriekultur sichtbar zu machen, das zivilgesellschaftliche Engagement in diesem Bereich zu stärken und mittels dauerhafter Projektförderung eine nachhaltige Entwicklung zu stärken.

11. Welche kultur- und umweltpolitischen Akzente will Ihre Partei beim Strukturwandel unserer Braunkohleregion setzen?

Der Braunkohleausstieg ist Teil des Klimaschutzplans der Bundesregierung. Aus diesem Grund müssen auch die einzusetzenden finanziellen Mittel den Anforderungen des Klimaschutzes gerecht werden. Wir fordern eine klare Bindung der Fördermittel an die Globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs). Unter Beteiligung der im Mitteldeutschen Revier lebenden betroffenen Menschen sind für dieses Herangehen Kriterien zu entwickeln, um eine Förderung von ökologisch und sozial nachhaltigen Maßnahmen zu erreichen. Hierbei müssen u.a. relevante Interessenvertretungen der Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen und die vor Ort aktiven Vereine einbezogen werden. Im Mittelpunkt dieser Förderung sollen Maßnahmen zur Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und zur Erreichung der Klimaschutzziele stehen. Bei Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen müssen der öffentliche Verkehr sowie schienengebundener Güterverkehr im Mittelpunkt stehen. Darüber hinaus wollen wir soziale und kulturelle Infrastrukturen im ländlichen Raum fördern. Die Region muss nicht nur neue zukunftsfähige Arbeitsplätze und Möglichkeiten zur regionalen Wertschöpfung bieten, sondern auch ein lebenswertes kommunales Umfeld entwickeln, um einer drohenden Entvölkerung entgegenzuwirken. Der Strukturwandel muss transparent gestaltet und an den Bedürfnissen der Bürger*innen ausgerichtet werden.

12. Welche Maßnahmen zum nachhaltigen Erhalt des Kulturerbes sollen zukünftig aufgenommen werden? Wie sollen diese evaluiert werden?

Unser kulturelles Erbe in Archiven, Bibliotheken, Museen und Sammlungen ist derzeit nur schwer zugänglich. Die digitale Erschließung dieser Kultur- und Wissensgüter bietet große Potentiale für Kultur, Bildung, Wirtschaft und Wissenschaft. Wir wollen unser kulturelles Erbe durch seine Digitalisierung wieder nutzbar machen. Auf Bundesebene setzen wir uns deshalb für eine Open Access-Strategie auch für den Kulturbereich ein, um Möglichkeiten und Anreize für Kultureinrichtungen zu schaffen, ihre digitalen Veröffentlichungen unter freien Lizenzen zu stellen. Darüber hinaus wollen wir Museen im Urheberrecht eine gesetzliche Erlaubnis einräumen, ihre urheberrechtlich geschützten Bestände über das Internet öffentlich zugänglich zu machen. Auch die Sicherung des schriftlichen Erbes gehört zum Erhalt des kulturellen Erbes. Hier sind entsprechende bauliche Ertüchtigungen für eine fachgerechte Aufbewahrung in den Bibliotheken und Archiven notwendig. Wir sehen im Erhalt und der Digitalisierung unseres Kulturerbes eine Aufgabe von gesamtstaatlicher Bedeutung, weswegen wir uns alljährlich auf Bundesebene im Rahmen der Haushaltsverhandlungen für ein Förderprogramm zur Digitalisierung des kulturellen Erbes, für eine konzertierte Aktion zur Rettung des Filmerbes sowie für eine Aufstockung des Bundesprogramms „National wertvolle Kulturdenkmäler“ und für eine Fortführung des Denkmalschutzsonderprogramms einsetzen. Gerade in diesem Programm zeigt sich, wie wichtig ein Engagement des Bundes angesichts des nach wie vor hohen Bedarfs in den Ländern und Kommunen ist.

13. Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei, die Förderung der Regionalsprache Niederdeutsch weiterhin und der in Sachsen-Anhalt gesprochenen lokalen Mundarten strukturell und verlässlich in die aktuelle Landespolitik zu integrieren?

Wir werden die Maßnahmen zur Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen insbesondere auf Umsetzung in den Kitas und an den Grund- und den weiterführenden Schulen in Sachsen-Anhalt mit dem Ziel einer gesicherten Verankerung im Bildungsbereich prüfen. Die darüberhinausgehenden Schritte zur strukturellen Integration der Regionalsprache Niederdeutsch und der Mundarten sind fortzuführen.